

# Niederschrift SOZ/003/2021

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses  
der Stadt Rheine  
am 24.06.2021

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 18:02 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

## Anwesend als

### Vorsitzende:

Frau Dr. Gertrud Hovestadt	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/Vorsitzende
----------------------------	-----------------------	--------------------------

### Mitglieder:

Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Frau Evelyn Eggenkämper	BfR	Sachkundige Bürgerin
Frau Ute Ehrenberg	UWG	Sachkundige Bürgerin
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Petra Gaasbeek	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Frau Nina Homann-Eckhardt	CDU	Ratsmitglied
Herr Hans-Hermann Kwiecinski	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Jörg Lewinski	FDP	Sachkundiger Bürger
Frau Tatjana Lücke	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Tobias Mersch	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Elisabeth Meyer	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Frau Raphaela Scholz	CDU	Ratsmitglied
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzende
Herr Friedrich Theismann	CDU	Sachkundiger Bürger

**beratende Sachkundige Einwohner:**

Herr Claus Meier		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Herr Okba Aljasem		Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat
Frau Sophia van Es		Sachkundige Einwohnerin f. Seniorenbeirat

**Vertreter:**

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Vertretung für Frau Simone Berkmann
Frau Silke Friedrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Udo Hewing
Frau Gabriele Leskow	SPD	Vertretung für Frau Yvonne Köhler

**Verwaltung:**

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Frau Nadine Sinnigen		Schriftführerin
Herr Henrik Mersch		Verwaltung

**Entschuldigt fehlen:**

**Mitglieder:**

Frau Simone Berkmann	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	entschuldigt
Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied

**beratende Sachkundige Einwohner:**

Herr Johannes-Michael Bögge		entschuldigt
-----------------------------	--	--------------

Frau Dr. Hovestadt eröffnet die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt die CDU-Fraktion Frau Overesch die Absetzung des Tagesordnungspunktes 9 Kommunales Integrationsmanagement (KIM). Begründet wird die Absetzung mit fehlenden Informationen aus der Lenkungsgruppe die erst am 30.06.2021 tagt. Als Gegenrede äußert sich Frau Floyd-Wenke, dass die Beratung der Vorlage von den Beratungen der Steuerungsgruppe des Kreises Steinfurt nicht abhängig ist. Der Erhalt und die Besprechung von Informationen wären auch jetzt schon möglich und wichtig. Die Intention der Absetzung ist nach ihrer Meinung somit unbegründet.

Das Abstimmungsergebnis zur Absetzung ist mehrheitlich für eine Absetzung.

### Öffentlicher Teil:

#### **1. Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung am 22.04.2021**

Frau Homann-Eckhard bittet um Änderung ihres Namens auf Seite 8.

Frau Friedrichs bemängelt die unkonkreten Formulierungen und die ungenauen Angaben zu Rückfragen und Wortmeldungen. Allgemeine Formulierungen sind nicht gewünscht.

Weiter Änderungs- und Ergänzungswünsche gibt es nicht.

#### **2. Informationen der Verwaltung**

Herr Gausmann verweist auf die schon vorliegenden Informationen. Ergänzend berichtet er über die ZUE. Seit dem 01.10.2020 ist diese eine Ex-NRW-Überlaufereinrichtung auf unbestimmte Zeit. In der Regel halten sich die Bewohner dort 2- 3 Tage auf, abhängig vom Stand des Asylverfahrens und dem PCR-Test. Sie werden dann in die jeweiligen Zielbundesländer weitergeleitet. Bei der Erstellung dieser Information lag ein positives Testergebnis in der Einrichtung vor. Das Betreuungsangebot ist durch die kurze Aufenthaltsdauer sehr eingeschränkt. Zurzeit sind die Einrichtungen im Bezirk Münster nur zu ca. 50 % belegt, die Einrichtung in Rheine nur mit 10 %. Diese Information soll auch an den Integrationsrat weitergeleitet werden. Die Informationen werden ebenfalls der Niederschrift beigelegt.

Weiterhin liegen zwei Anträge der CDU- und FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Arbeitskreises zur Sozialberichterstattung vor. Dieser wird in der nächsten Sitzung beraten. Es liegt ein weiterer Antrag der UWG-Fraktion zur Durchführung einer gemeinsamen Sitzung mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung zum Thema stationär betreutes Wohnen vor. Dieser wird ebenfalls im August beraten.

Der Runde Tisch Wohnen trifft sich am 27.09.2021. Herr Meier erkundigt sich nach dem Termin, da der LWL an diesem Tag nicht teilnehmen kann. Herr Gausmann gibt an, dass ein Treffen auch ohne Beteiligung des LWL stattfinden kann. Im November findet dann eine gemeinsame Sitzung statt.

Die Veranstaltung auf Grundlage des Armutsberichtes des Landes NRW und Sozialberichterstattung der Stadt Rheine findet als Workshop am 16.9.2021 in der VHS statt. Hier sollen auch Mitglieder der Beiräte und interessierte Bürgerinnen und Bürger teilnehmen können. Beginn ist um 17:00 Uhr. Die offizielle Einladung folgt.

Frau Floyd-Wenke betont, dass die Veranstaltung auf Grund eines Antrages der Fraktion der Linken erfolgt und sich freut über die Teilnahme des Bürgermeisters.

#### **3. Einwohnerfragestunde**

Es gibt keine Einwohneranfragen.

#### **4. Informationen aus dem Integrationsrat**

Herr Okba Aljasem berichtet über die Arbeit des Integrationsrates. Er benennt die aktuellen Probleme auf Grund der Corona-Pandemie. Es hat ein digitales Austauschtreffen mit der Stadt Rheine stattgefunden. Der Beirat hat eine Impfkampagne gestartet und produziert ein Video in

mehreren Sprachen um die Mitbürger(innen) zu motivieren und zu ermuntern, sich impfen zu lassen. Der Tagesordnungspunkt 9 „KIM“, der abgesetzt wurde, wäre Ihnen sehr wichtig gewesen. KIM kann die Zusammenarbeit und die Integration erleichtern. Er gibt an, dass der Beirat in letzter Zeit viel Kritik am Job-Center und an der Ausländerbehörde erhalten hat. Dem Beirat ist dabei aber auch die Sicht der Angestellten dort wichtig. Vom Integrationsrat ist eine Beratung der Tagesordnungspunkte die ihre Bereiche betreffen geplant, mit anschließender Stellungnahme an den Sozialausschuss. Es ist eine Sondersitzung des Integrationsrates am 19.08.2021 geplant.

## **5. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung**

Herr Meier berichtet über Arbeit des Beirates. Herr Meier ist erneut zum Vorsitzenden gewählt worden, stellvertretender Vorsitzender ist Herr Dirk Winter. Er gibt an, dass ein Antrag zur Entsendung eines Mitgliedes in den JHA folgen wird. Das Projekt der Studierenden "Leichte Sprache in der Verwaltung" ist abgeschlossen und es soll eine Broschüre erstellt werden. Im Walschlagpark wurden Bänke und Handläufe ersetzt.

Es besteht eine Anfrage des Vereins Leben und Wohnen zwecks Erstellung eines Flyers zum Thema Wohnen. Geplant ist eine qualifizierte Behindertentoilette im Innenstadtbereich mit Ausstattungen über die DIN hinaus.

Es erfolgt eine Einladung an die Leistungserbringer, Kostenträger und Vertreter der Fraktionen zur nächsten Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung.

## **6. Informationen aus dem Seniorenbeirat**

Frau van Es berichtet über die Arbeit des Seniorenbeirates.

Die Fortschreibung des Sozialplan Alters ist ein wichtiges Thema des Seniorenbeirates.

Es erfolgt ein Austausch mit den Begegnungsstätten und deren Leitungen.

## **7. Informationen aus dem Familienbeirat**

Es ist kein Mitglied des Familienbeirates anwesend.

## **8. Projekt "Prävention von Wohnungsnotfällen" Vorlage: 101/21/1**

Herr Gausmann verweist auf die beiden Vorlagen. Die SPD-Fraktion bedankt sich für die zusätzliche Veranstaltung mit Frau Henke von der GISS. Sie erkundigt sich nach dem Schwerpunkt des Projektes in Rheine um Doppelstrukturen zu vermeiden. Dieser liegt in der Prävention des Wohnungsverlusts. Dies wird durch Herrn Gausmann bestätigt. Ebenfalls erkundigt sie sich nach der personellen Besetzung.

Frau Floyd-Wenke gibt die bisherigen Ergebnisse der Initiative des Kreises Steinfurt „Endlich ein Zuhause“ an. Hier wurden bis zum 30.09.2020 insgesamt ca. 220 Haushalte beraten. 38 Wohnungsverluste sind verhindert worden und 51 Wohnungen vermittelt worden. Im Treff 100 war es zusätzlich 59 Notfälle in 2020, genaue Angaben zu Rheine liegen noch nicht vor.

Die Fraktion der Linken erwartet, dass eine Kooperationsvereinbarung getroffen wird, die die Aufgaben so regelt, dass es zu keinen Überschneidungen kommt, einer Vernetzung jedoch nicht im Wege steht. Bei beiden Projekten wird die mangelnde Zusammenarbeit mit den politischen

Gremien benannt. Es wird eine Zustimmung erfolgen. Es wird um Stand des Förderantrages, Einblick in die Kooperationsvereinbarung, einen mündlichen Bericht über den Stand des Projektes von der Verwaltung und vom Träger gebeten. Zusätzlich sollen die Ergebnisse in die Sozialberichterstattung einfließen.

Frau Friedrich gibt an, dass die Befürchtung der Doppelstrukturen bisher nicht ausgeräumt werden konnten. Sie erfragt ob das Projekt des Kreises Steinfurt auch nach 2022 weitergeführt wird. Ebenfalls erfragt sie die zukünftige Kostendeckung nach der Förderung. Ebenfalls fehlen die Zahlen für die Stadt Rheine sowie das Ergebnis der 59 Räumungsklagen. Es wäre der Überblick aller vorhandenen Stellen gewünscht gewesen, um deutlich zu erkennen, warum die Einrichtung der Stelle Prävention von Wohnungsnotfällen wichtig ist. Weiterhin erfragt Frau Friedrich ob in der Stadt Rheine ein Projekt im Sinne von „Housing first“ geplant ist. Ebenfalls bestehen Bedenken zum Datenschutz. Daher wird keine Zustimmung zur Vorlage erfolgen.

Bereits in der letzten Sitzung hat Frau Henke Wege aufgezeigt, unter denen unter Einhaltung des Datenschutzes eine Kontaktaufnahme zu den Betroffenen möglich ist. Es ist derzeit vorgesehen eine aufsuchende Stelle im Interessenbekundungsverfahren auszuschreiben. Geplant ist bisher 1 x Verwaltungskraft und 1 x Sozialarbeiter(in). Die Anregung den Anteil der Sozialarbeit zu erhöhen wird aufgenommen und geprüft.

Bezüglich der Doppelstrukturen macht die Vorlage die Abgrenzungen deutlich. Die Notwendigkeit die Akteure besser mit einander zu verbinden wird gesehen. Es ist aber nicht geplant Streetwork oder aufsuchende Arbeit zu installieren.

Der Eigenanteil der Personalkosten fließt, sobald bekannt, in die Haushaltsplanungen ein. Diese Vorlage behandelt nur die Antragsstellung.

Frau Floyd-Wenke bemerkt, dass es ungewöhnlich sei, dass der Eigenanteil nicht benannt wird.

Frau Friedrich kritisiert dies ebenfalls. Ob das Projekt des Kreises Steinfurt weitergeführt wird ist nicht bekannt.

Frau Stockel macht den Bedarf des Projektes deutlich.

Frau Ehrenberg befürwortet das Projekt ebenfalls, die Kostenfrage ab dem Jahr 2024 soll hier nicht abhalten.

Frau Dr. Hovestadt spricht erneut die Datenschutzproblematik an.

Die CDU-Fraktion beantragt gemäß § 13 der Geschäftsordnung ein Ende der Rednerliste. Danach dürfen alle gemeldeten Redner noch sprechen.

Herr Gausmann erläutert, dass Frau Henke erklärt hat, dass im Rahmen der Notlage der Datenschutz außer Kraft gesetzt werden kann. Die Herabsetzung der Personen soll vermieden werden. Eine Öffentlichkeitsarbeit in Verbindung mit Schulen, Kitas usw. ist wichtig.

Die Rückfrage von Frau Eggenkämper kann Herr Gausmann nicht beantworten, ob eine Beratung im Ausschuss auch ohne Fördermittel erfolgen würde.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei drei Enthaltungen

**9. Kommunales Integrationsmanagement (KIM)**

abgesetzt

**10. Aufhebung des KW Vermerkes, Stellenummer 2248, Seniorenarbeit  
Vorlage: 255/21**

Herr Gausmann erläutert die Vorlage. Der KW-Vermerk wurde in der Vergangenheit installiert um sich im Ausschuss inhaltlich mit der Seniorenarbeit zu beschäftigen.

Es geht hier zukünftig um die konzeptionelle Weiterentwicklung der Seniorenarbeit.

Frau Lücke erfragt, warum die Aufhebung erst zu 2022 erfolgt.

Frau Overesch / CDU-Fraktion betont die gute Arbeit von Frau Koch und das durch das ursprüngliche Setzen des Vermerkes keine Bewertung der Arbeit erfolgt ist. Es diene nur dem Reflexionsprozess. Die Beschlussfassung empfindet sie als etwas kurz, eine konkrete Aufgabenbeschreibung wäre gewünscht gewesen.

### **Beschluss :**

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, im Rahmen der Stellenplanberatungen 2022 eine Beschlussfassung vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **11.           Berichterstattung Mitte51 Vorlage: 264/21**

Herr Gausmann erläutert die Vorlage. Bisher wurde nicht über eine neue Trägerstruktur und das Hausmanagement beraten. Geplant war eine selbstorganisierte Institution. Dazu kommt, dass weder der 2. noch der 3. Bauabschnitt angeschlossen ist. Daher waren weitere Planungen bisher sehr schwierig. Eine dauerhafte städtische Trägerschaft ist nicht geplant.

Frau Stockel erfragt ob der Tanzsportclub Rheine nach Abschluss des 3. Bauabschnittes ein Stammmieter wird. Dies ist weiterhin so vorgesehen. Sollte dies nicht eintreten, ist der Multifunktionsraum auch anderweitig nutzbar. Die Verwaltungsstelle wurde bisher durch interne Lösungen aufgefangen. Ebenfalls erkundigt sie sich nach den Personalkosten der Verwaltung. Dieser Beschluss wurde zur Planung 2021 nicht gefasst.

Frau Ehrenberg lobt das Projekt. Sie bezweifelt jedoch, dass das Projekt in einer Ehrenamtsstruktur funktionieren kann. Sie stellt einen Änderungsantrag zum Punkt 2: „Der Sozialausschuss beschließt die städtische Trägerschaft für das Begegnungszentrum Mitte 51“. Dadurch gehen die entsprechenden Stellen in die Haushaltsplanberatung ein.

Frau Floyd-Wenke kritisiert den Änderungsantrag von Frau Ehrenberg. Sie erläutert, dass keine Ehrenamtsstruktur sondern eine Selbstorganisation geplant ist, wenn sie auf dem Antrag beruht, müsste der TOP abgesetzt werden, weil dazu zwingend eine Beratung in der Fraktion erforderlich ist. Ein wichtiges Thema sei außerdem die Gebührenordnung. Sinnvoll wäre die Einrichtung eines Schnupperangebotes ohne gleich eine langfristige Nutzung zu vereinbaren. Die Idee des Schnupperangebotes wird von Herrn Gausmann sehr begrüßt, ohne Änderung der Gebührensatzung.

Frau Dr. Hovestadt schlägt vor, den Punkt 2 dahingehend zu ergänzen, dass zur Art der Weiterführung noch Beratungsbedarf besteht.

Ebenfalls erfragt sie die Nutzung von Migranten. Bisher ist das Begegnungszentrum noch kein Zentrum für den gesamten Stadtteil geworden.

Herr Gausmann betont, dass eine freie Trägerschaft nicht bedeutet, dass keine personelle hauptamtliche Ressource gebraucht wird.

Frau Stockel ergänzend, dass durch die heutige Beschlussfassung kein Nachteil entstehen würde, da die Trägerschaft zunächst in städtischer Hand bleibt. Alle weiteren Fragen können dann beraten werden. Für den Änderungsbeschluss wäre eine Beratung in der Fraktion erforderlich.

Herr Azevedo betont, dass es für die zukünftige Trägerschaft viele Möglichkeiten gibt, die durch den Ausschuss in Ruhe beraten werden können, wenn die Trägerschaft zunächst bei der Stadt Rheine verbleibt.

Frau Homann-Eckhard bestätigt, die Ausführungen der anderen Mitglieder und lobt die Arbeit der Mitte 51 während der Corona-Zeit. Gewünscht wäre ebenfalls eine Besichtigung der Räumlichkeiten.

Der Integrationsrat erwünscht besser Informationsweitergabe. Es sollen die vorhandenen Angebote besprochen werden.

Frau Ehrenberg erfragt die Organisation des Hausmanagements. Im Rahmen des Stadtteilbüros ist dort eine 0,5 Stelle vorhanden.

Frau Ehrenberg zieht ihren Änderungsantrag nach der Beratung zurück.

**Beschluss :**

1. Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Auslastung und zu den Tätigkeiten des Begegnungszentrum Mitte<sup>51</sup> sowie die Ausführungen zum Stadtteilbüro Dorenkamp zur Kenntnis.
2. Der Sozialausschuss beschließt, die städtische Trägerschaft für das Begegnungszentrum Mitte<sup>51</sup> bis zum 31. Dezember 2023 zu verlängern und dem Sozialausschuss rechtzeitig im Jahr 2023 einen Vorschlag zur Trägerschaft vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Jahresbericht der sozialen Einrichtungen der Stadt Rheine 2020  
Vorlage: 275/21**

Herr Gausmann erläutert die Vorlage. Beratungen wurden während der gesamten Pandemie durchgeführt.

Er berichtet über die Entstehung eines Netzwerkes durch die Sponsorenaktion zu Weihnachten. Eine Zielgruppe kann bisher nicht gut versorgt werden, dies sind die obdachlosen Frauen. Das Kremer-Haus ist nicht gemischt geschlechtlich nutzbar.

Frau Stockel lobt die Arbeit der Verwaltung und bitte um Prüfung des Bedarfes für die Einrichtung eines „SleepIn“ für junge Menschen. Die Ermittlung des Bedarfes ist schwierig, da es sich um eine verdeckte Wohnungslosigkeit handelt. Auch soll eine Übernachtungsmöglichkeit für Wohnungslose mit Haustieren überdacht und der Bedarf ermittelt werden. Die Einrichtung eines SleepIn ist ein Thema der Jugendhilfe. Es sollte ein Konzept für 17/18 Jährige überdacht werden. Frau Stockel nennt das Konzept aus Münster als Beispiel für den Ausschuss.

Auch Herr Azevedo betont die Notwendig der Versorgung von obdachlosen Frauen.

Herr Lewinski lobt ebenfalls und stimmt den Vorreden zu.

**Kenntnisnahme :**

Der Sozialausschuss nimmt den Jahresbericht 2020 der Sozialen Einrichtungen zur Kenntnis.

**13. Jahresbericht Ausländerbehörde 2020  
Vorlage: 240/21**

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage. Der Integrationsrat wünscht sich mehr Informationen. Er benennt erneut Probleme in der Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern und den Migranten.

**Kenntnisnahme :**

Der Sozialausschuss nimmt den Jahresbericht 2020 der Ausländerbehörde Rheine zur Kenntnis.

**14. SGB II-Jahresbericht 2020  
Vorlage: 260/21**

Herr Gausmann erläutert die Vorlage. Im Jahre 2022 werden die Kosten der Unterkunft steigen, da die Bundeserstattung der Unterkunftskosten für Flüchtlinge entfällt. Frau Ehrenberg gibt an, dass mehr kleine Wohnungen gebraucht werden. Sie erfragt die Höchstgrenze bei Kosten und qm der Wohnungen für Leistungsempfänger. Der Höchstbetrag der Kaltmiete liegt bei 313,00 €. Die Größe ist bei Einhaltung der Grenze egal. Weiterhin erläutert er die Verteilung der Mittel durch den Kreis Steinfurt und die Mehrausgaben für die Stadt Rheine. Frau Ehrenberg wünscht sich eine politische Beratung zu diesem Thema. Herr Aljasem kritisiert die Zusammenarbeit zwischen den Migranten und dem Jobcenter.

**Kenntnisnahme :**

Der Sozialausschuss nimmt den Sachstandsbericht des Jobcenters der Stadt Rheine (SGB II) über die Entwicklung und Tendenzen zur Kenntnis.

**15. SGB XII Jahresbericht 2020  
Vorlage: 253/21**

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage. Es gibt keine Nachfragen.

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss nimmt den SGB XII Jahresbericht 2020 zur Kenntnis.

**16. Berichtswesen 2021, Stichtag 31.05.2021, Fachbereich 8, Produktgruppen 81 - 84  
Vorlage: 233/21**

Frau Gaasbeck erkundigt sich nach der Stelle für die Aufgabe KIM. Diese Stelle ist bereits besetzt, da diese Stelle schon vorher benötigt wurde. Diese Stelle ist in der Ausländerbehörde abgebildet. Die Detailsinformationen folgen im August.

**Kenntnisnahme :**

Der Sozialausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 8, Produktgruppen 81 - 84 mit dem Stand der Daten zum 31.05.2021 zur Kenntnis.

**17. Berichtswesen 2021, Stichtag 31.05.2021, SB 2, Produktgruppe 24 - Offene Senio-**

**ren- und Behindertenarbeit**  
**Vorlage: 241/21**

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage.

**Kenntnisnahme :**

Der Sozialausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 2, Produktgruppe 24 – Offene Senioren- und Behindertenarbeit – mit dem Stand der Daten zum 31.05.2021 zur Kenntnis.

**18. Anfragen und Anregungen**

Es gibt keine Anfragen und Anregungen.

*Ende der Sitzung: 20:02 Uhr*

---

Dr. Gertrud Hovestadt  
Ausschussvorsitzender

---

Nadine Sinnigen  
Schriftführerin